

H. C. Herrmann

Der Bonner Neokolonialismus
und seine Unterstützung
durch NATO-gebundene
westdeutsche Kirchenleitungen



Eing.-Nr. 185/e
Sign. C410

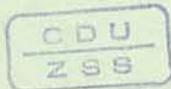
Hefte aus Burgscheidungen

H. C. Herrmann

Der Bonner Neokolonialismus
und seine Unterstützung
durch NATO-gebundene
westdeutsche Kirchenleitungen

1966

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands



Aktiv für Frieden, Abrüstung und Verständigung einzutreten ist die Pflicht, die in der gegenwärtigen Situation in besonderem Maße jedem verantwortungsbewußten Menschen auferlegt ist. Es ist eine Pflicht, zu der die Christen von ihrem Glauben her gerufen sind und zu der sich auch die verantwortlichen Gremien und leitenden Persönlichkeiten der Weltchristenheit in letzter Zeit des öfteren mit Nachdruck bekannt haben. In seiner Enzyklika „Pacem in terris“ nannte beispielsweise Papst Johannes XXIII. das Eintreten für die Abrüstung und für das friedliche Zusammenleben der Völker die Hauptaufgabe aller Menschen. Bemerkenswert war dabei, daß der Papst die Christen aufforderte, zur Erreichung dieser Ziele mit allen Menschen guten Willens zusammenzuarbeiten.

Noch Jahre zuvor, 1951, hatte sein Vorgänger, Papst Pius XII., die Enzyklika „Evangelii praeconis“ erlassen, in der den Missionaren die Pflicht auferlegt wird, mit allen Mitteln gegen den Kommunismus zu kämpfen. Dabei verstand er unter „Kommunismus“ das Eintreten für nationale Selbstbestimmung, für Völkerfreundschaft und Frieden, jede Auflehnung gegen die Vorherrschaft des ausländischen Monopolkapitals und seiner inländischen Handlanger. „Es ist unbedingt notwendig, alle Völker vor jenen verderblichen Irrtümern zu bewahren oder, wenn sie bereits von ihnen angesteckt sind, sie von solchen menschenfeindlichen Lehren zu befreien“ („Herder-Korrespondenz“, Freiburg i. Br., 10/1951).

Da die Imperialisten heute viel stärker als in den Zeiten des „traditionellen“ Kolonialismus gezwungen sind, die Bevölkerung der ausgebeuteten Länder ideologisch zu beeinflussen, wird verständlich, wenn sie sich bemühen, dabei noch stärker als früher auf den Mißbrauch christlicher Glaubenswerte und kirchlicher Einrichtungen zurückzugreifen und vornehmlich die Jugend und die Intelligenz antikommunistisch zu beeinflussen und zu erziehen. „Diese gebildete Jugend, das wissen wir alle, wird einmal den Staat lenken, und die Masse des Volkes wird ihr als ihren Lehrern und Lenkern folgen“ – so in der eben zitierten „Herder-Korrespondenz“. Im einzelnen wird dort vorgeschlagen, die Sitten, die Bräuche, die Kultur des fremden Landes nicht länger zu ignorieren, sich

Sprachkenntnisse sowie Kenntnisse in Medizin und Landwirtschaft anzueignen, um leichter den Kontakt zur einheimischen Bevölkerung herstellen zu können. Vor allem jedoch wird den Missionaren die aktive Verbreitung des Antikommunismus zur Pflicht gemacht.

Nicht zufällig wurde in der genannten Enzyklika von Papst Pius XII. Westdeutschlands antikommunistische, neokolonialistische Aktivität besonders hervorgehoben: „Die Deutschen bieten tatenfroh in einer überwältigenden Begeisterung den Mönchen, Priestern und Bischöfen eine nimmermüde Hilfe an.“

In der 1961 von Papst Johannes XXIII. verkündeten Enzyklika „Mater et Magistra“ wird die „Entwicklungshilfe“ als „Problem unserer Zeit“ deklariert und dem gerade von Angehörigen des katholischen Klerus oft unrühmlich praktizierten Kolonialismus alten Stils gegenübergestellt. Die Hilfeleistung in fachlicher und beruflicher Ausbildung wird, entsprechend den dringenden Bedürfnissen der jungen Nationalstaaten, deshalb in dieser Enzyklika als eine der wichtigsten Aufgaben fixiert. Andererseits werden zivilisatorischer und kultureller Fortschritt nur als „Mittel, die dem Streben nach höheren Werten dienlich sein können“ (Die Sozialenzyklika Papst Johannes' XXIII., „Mater et Magistra“, Freiburg 1961), anerkannt. In die Interpretation auch dieser Enzyklika spielt noch der alte politische Hintergrund hinein: Mit Hilfe der katholischen Gesellschaftslehre könnten gewisse Kreise versuchen, die demokratische Entwicklung in den jungen Nationalstaaten aufzuhalten und eine Barriere gegenüber der weltweiten Wirkung des Sozialismus zu errichten.

*

In seiner Rede auf der Tagung des Nationalrates in Berlin am 18. November 1965 erklärte der damalige Generalsekretär und jetzige Vorsitzende der CDU, Gerald Götting, mit Nachdruck: „Auch Paul VI. forderte das (sich im Handeln von den Grundsätzen christlicher Ethik leiten zu lassen — d. V.) in seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 4. Oktober 1965, als er vor den Vertretern dieser Weltorganisation beschwörend ausrief: ‚Niemals mehr Krieg, niemals mehr Krieg! Der Friede, der Friede muß das Geschick der Völker und der ganzen Menschheit leiten!‘ Der Papst beließ es auch nicht bei einem solchen allgemeinen Appell. Er nannte — wie sein Vorgänger — die Abrüstung und die Hilfe für die vom Kolonialismus befreiten Völker als

konkrete Ziele. Er ging noch weiter, indem er die Meinung vertrat, daß alle Staaten Mitglied der Vereinten Nationen sein sollten. Schließlich formulierte er als wichtigste Verpflichtung für alle Menschen die ‚Organisierung der brüderlichen Zusammenarbeit unter den Völkern‘.“

Doch leider halten sich an solche päpstlichen Mahnungen nicht alle der etwa 12 000 westdeutschen katholischen Missionare, die zur Zeit in Übersee tätig sind (das sind über 4000 mehr als vor dem zweiten Weltkrieg). Und eine analoge Linie verfolgen auch die NATO-gebundenen westdeutschen evangelischen Kirchenleitungen; Prof. M. Schlunk, ein führender westdeutscher Vertreter der evangelischen Mission, schrieb zum Beispiel in „Die Weltmission der Kirche Christi“ (Stuttgart 1951): „Es handelt sich um die große Auseinandersetzung zwischen Ost und West, zwischen der gelben und der weißen Rasse. Deshalb kommt alles darauf an, dem Christenglauben zur Herrschaft zu helfen.“

Da die Rechtfertigung des „traditionellen“ Kolonialismus ein markanter Zug der Bonner Repräsentanten neokolonialistischer Politik ist, verwundert nicht, wenn Schlunk dann weiter sagt: „Nicht als ob die koloniale Missionsbetätigung ein Unrecht oder eine Fehlentwicklung wäre. Nein, sie ist berechtigt, ja geradezu notwendig, und auch die deutsche Mission darf mit gutem Gewissen auf die Zeit zurückblicken, in der sie sich ganz in den Dienst der deutschen (!) Gedanken stellen konnte.“

Im Programm des Sozialismus, das auf dem VI. Parteitag der SED in Berlin 1963 angenommen wurde, heißt es: „Der Antikommunismus ist die gemeinsame ideologische Plattform der Parteien des westdeutschen Imperialismus. Die deutschen Imperialisten greifen gleichzeitig mit Unterstützung des reaktionären Klerus, besonders der katholischen Kirche, aber auch einer Reihe evangelischer Kirchenführer, zum Mißbrauch der Religion, um, als Vorkämpfer für das Christentum und das ‚Abendland‘ getarnt, ihre aggressiven Revancheziele zu verfolgen.“ Das zeigt sich in Westdeutschland u. a.

— in der systematischen Ausnutzung von reaktionären Gliedern der katholischen und der evangelischen Geistlichkeit, von Teilen des kirchlichen Apparates sowie einer Reihe von konfessionellen Institutionen und Organisationen für die imperialistischen Ziele der Bonner Machtpolitik,

— in der Ausarbeitung von rückschrittlichen Gesellschafts-, Wirtschafts-, Staats- und Rechtstheorien in katholischer und

evangelischer Verbrämung, die der Propagierung und Rechtfertigung der imperialistischen Politik dienen sollen,

– darin, daß die CDU und CSU sowie die Bonner Regierung ihren aggressiven Kurs hinter einem „christlichen“ Aushängeschild tarnen.

Alle diese Faktoren wirken unablässig zusammen. Im Interesse und zum Nutzen des Imperialismus sind die großen Monopole und ihre politischen Instrumente – die CDU- und die CSU-Führung, der Bonner Staatsapparat in Legislative und Exekutive, die revanchistischen und militaristischen Organisationen – mit den reaktionären Gruppierungen innerhalb der katholischen und der evangelischen Kirche, den Leitungen einer Anzahl konfessioneller Verbände sowie mit kirchlichen und staatlichen Forschungs- und Propagandainstituten eng verflochten. Zu diesen Instituten gehören u. a.:

die Albertus-Magnus-Akademie, Walberberg bei Bonn,
die Philosophisch-Theologische Hochschule in Sankt Georgen,
Frankfurt am Main,
die Institute für christliche Sozialwissenschaften, vor allem an
den Universitäten Bonn und Münster,
das Katholisch-Soziale Institut, Bad Honnef,
das Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus,
Köln,
das Christophorus-Institut, München,
die Arbeitsgemeinschaft katholischer Bildungswerke, Limburg,
das Franz-Hitze-Haus, Münster,
das Institut für Sozialwissenschaften und Flüchtlingsfragen,
Königstein/Taunus,
das Jesuiten-Kolleg in Pullach bei München.

Bonn hat einen gewaltigen Apparat aufgebaut, um die politische und ökonomische Entwicklung in den jungen Staaten in die von den Monopolen gewünschten Bahnen zu lenken: über 250 staatliche, halbstaatliche und private Organisationen, 13 Ministerien, die sich mit Entwicklungs„hilfe“ beschäftigen, ein weitverzweigtes System ideologischer Beeinflussung, technischer und Bildungs„hilfe“, des Mißbrauchs der Kirche und der Kultur. In den Jahren 1956 bis 1962 wurden von der Bonner Regierung nicht weniger als 895 Millionen D-Mark für die „technische und Ausbildungshilfe“, einschließlich des Zuschusses für die verschiedenen subversiven Institutionen

und Organisationen, aufgewendet. 1964 wurde der Jahresbetrag auf 239,6 Millionen D-Mark erhöht und seither noch weiter gesteigert. In der Höhe der Ausgaben für die „Entwicklungshilfe“ nimmt die Bundesregierung unter den imperialistischen Ländern den vierten Platz ein. Weder Kosten noch Mühen scheut Bonn, um auf getarnte Weise seinen Einfluß auf die Entwicklung der jungen Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas auszudehnen.

Neben dem staatlichen „Entwicklungsdienst“, auf den noch einmal zurückzukommen sein wird, sind in großer Zahl westdeutsche „Entwicklungshelfer“ aus christlichen Organisationen in Asien, Afrika und Lateinamerika tätig. Die regierenden Kreise an Rhein und Ruhr genießen sich nicht, die religiösen Gefühle gläubiger Menschen in der Bundesrepublik wie in den jungen Nationalstaaten für die politischen Zwecke des Neokolonialismus zu mißbrauchen.

Bereits mit der kolonialen Eroberung war die „Missions“-Politik der Kirchen untrennbar verbunden, und diese traditionelle Verflechtung besteht weithin bis zum heutigen Tage fort. So verpflichtet die durch den Militärseelsorgevertrag von 1957 fixierte Verfilzung kirchlicher Stellen mit Militarismus und NATO-Politik die westdeutschen Kirchenleitungen faktisch dazu, die gesamte Politik der Bonner Regierung zu unterstützen. Westdeutsche Politiker verhehlen keineswegs, wofür sie Christentum und kirchliche Einrichtungen bei der Realisierung ihrer neokolonialistischen Politik benötigen:

Laut „Süddeutscher Zeitung“ vom 4. Oktober 1963 erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Entwicklungs„hilfe“, Dr. Gerhard Fritz, in einer Diskussion über die kirchliche Arbeit in Afrika im politischen Klub der Evangelischen Akademie in Tutzing: „Die Kirchen sind auf diesem Felde die besten Hilfstruppen der Regierungspolitik.“ Der bayrische Landtagsabgeordnete Merkt hob auf einer von den päpstlichen Missionswerken in München veranstalteten Kundgebung laut Westberliner „Tag“ vom 28. Oktober 1962 hervor, der Arbeit der Missionare komme eine eminent große politische Bedeutung bei.

Diese zielgerichtete Entwicklungs„hilfe“ über kirchliche Einrichtungen nannte Staatssekretär Karl Friedrich Vialon laut „Deutscher Zeitung mit Wirtschaftszeitung“, Köln, vom 13. März 1963 „eine neue Ära im Verhältnis von Staat und Kirche. Sie drückt sich darin aus, daß die Kirchen ihre Bemü-

hungen verstärkt auf jene Gebiete lenken wollen, die der staatlichen Entwicklungsförderung nicht oder nur schwer erreichbar sind, auf denen aber die Kirchen besonders gute Erfahrungen haben. Besonders wichtig seien kirchliche Maßnahmen als soziale Anschlußprojekte an industrielle Vorhaben. Sie helfen Spannungen überwinden, die mit dem wirtschaftlichen Umbruch verbunden sind“.

Das Bestreben zu totaler politischer Gleichschaltung westdeutscher kirchlicher Missionstätigkeit mit dem Neokolonialismus Bonns bekennen ganz offenherzig Vertreter der Geistlichkeit selbst. Der „Rheinische Merkur“ berichtet am 13. Januar 1961: „In gewissen Bereichen der aktiven Entwicklungshilfe spricht man bereits bewußt von Verzicht auf Mission.“ Das von Landesbischof Lilje herausgegebene „Sonntagsblatt“ verdeutlichte am 12. Februar 1961 den Mißbrauch von Religion und Kirche mit den Worten, daß „die Christen für die Entwicklungshilfe des Staates mitverantwortlich sind. Auch das selbstlose Werk der Nächstenliebe muß sich einordnen in die politischen, wirtschaftlichen und weltanschaulichen Gegebenheiten der großen Menschengemeinschaft dieser Erde“.

Es gibt viele anerkennenswerte Leistungen zahlreicher ehrlicher Christen – auch aus dem Bereich der kirchlichen Missionsarbeit –, etwa auf dem Gebiet des Gesundheits- und Bildungswesens in den jungen Nationalstaaten; aber sie sollen eingeordnet werden in das System der neokolonialistischen Politik Bonns. Daher erstaunt nicht, daß das westdeutsche Regime die Hilfestellung, die ihm aus kirchlichen Kreisen auch hier zuteil wird, finanziell wesentlich unterstützt. So ließ laut „Rheinischem Merkur“ vom 8. Mai 1964 Entwicklungsminister Walter Scheel wissen: „Wir unterstützen die Entwicklungsarbeit der Kirchen mit öffentlichen Mitteln, weil ich glaube, daß der Wirkungsgrad der Entwicklungsarbeit der Kirchen besonders hoch ist.“

Bei einem Empfang, den dieser Bundesminister gab, hatte er mit dem Genfer Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes, Dr. Kurt Schmidt-Clausen, „einen Erfahrungsaustausch über die Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der evangelischen Kirche durch die Bundesregierung“. Scheel „bezeichnete die Zusammenarbeit zwischen beiden Kirchen auf der einen und der Bundesregierung auf der anderen Seite auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe als beispielhaft und vorbildlich“ („EPD“, ZA Nr. 17 vom 21. Januar 1964).

Bundestagsmitglied Dr. Gerhard Fritz erklärte zu der Tatsache, daß die Äußere Mission der Evangelischen und der Katholischen Kirche von 1959 bis 1963 von der Bundesregierung mit einer halben Milliarde D-Mark unterstützt wurde: „Noch nie hätte es in der deutschen Geschichte eine Zeit gegeben, in der innerhalb eines solch kurzen Zeitraumes die Äußere Mission der Kirchen derart finanziell gestärkt worden sei“ („EPD“, 125 id/Ku).

Der damalige westdeutsche Botschafter beim Vatikan, von Scherpenberg, wies laut „Frankfurter Allgemeiner Zeitung“ vom 29. Oktober 1963 darauf hin, daß „die Bundesrepublik den Missionen beider Kirchen 1958 zunächst 10 Millionen Mark und steigend bis zum laufenden Haushaltsjahr 54 Millionen Mark zur Verfügung gestellt habe. Die Katholische Kirche in Deutschland habe zwei Werke, ‚Miserere‘ und ‚Adveniat‘, in den Dienst ihrer Aufgabe gestellt“. Daran zeigt sich, wie solche als rein kirchlich bezeichneten und für die Linderung der Armut oder die Verbreitung der Religion vorgesehenen Einrichtungen mehr oder weniger in den Dienst der Bonner Regierungspolitik gestellt worden sind. Die „humanistische“ Zielsetzung, die ihnen in Westdeutschland zukommt, wird auch dadurch deutlich, daß dort Personen wie Militärbischof H e n g s b a c h Vorsitzende derartiger Einrichtungen sind.

In anderen kirchlichen Organisationen mit neokolonialistischer Zielsetzung in Westdeutschland, die die finanziellen Mittel realisieren, sind Abgesandte der Bundesregierung direkt vertreten, oder diese Einrichtungen sind an anderen neokolonialistischen Institutionen beteiligt. So besteht bei der „EKD“ die „Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Kirchen in Deutschland für Dienste in Übersee“; bis 1964 hat sie 132 Fachkräfte in die afro-asiatischen Länder ausgesandt („Deutsches Pfarrernblatt“, Nr. 22/1964 vom 2. November 1964). Zu den vom westdeutschen Hauptausschuß des LWB (Lutherischer Weltbund) geförderten gesamtkirchlichen Aufgaben gehören ferner das Austauschprogramm des LWB, die Arbeitsgemeinschaft „Dienste in Übersee“, die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe in Bonn und die Missionsakademie in Hamburg.

Die katholische Kirchenführung hat die „Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe“ (AGE) gebildet, der zur Zeit 36 katholische Organisationen angeschlossen sind und die bereits im Jahre 1963 in 37 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas 155 Entwicklungs„helfer“ arbeiten ließ („Petrus-

blatt“ vom 26. Mai 1963). In der „Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe“ sind neben dem bischöflichen Werk „Misereor“ auch der Caritasverband, der Missionsrat, die „Päpstlichen Werke der Glaubensverbreitung“, das Zentralkomitee der (west-) Deutschen Katholiken sowie nahezu alle größeren katholischen Laienverbände Westdeutschlands (Kolpingsfamilie, Katholische Landjugend, Katholische Arbeiterbewegung, Katholischer Akademieverband und andere) zusammengeschlossen. Die Arbeitsgemeinschaft verfügt unter allen nichtstaatlichen westdeutschen Organisationen, die sich mit personeller Entwicklungs„hilfe“ befassen, über die größte Erfahrung auf dem Gebiet der Ausbildung von Entwicklungs-„helfern“.

Die von der offiziellen Propaganda genannte Aufgabenstellung dieser Organisationen stimmen, wie auch die bereits zitierten Nachweise der Liiierung von Kirche und Bonner Politik zeigen, nicht mit deren tatsächlichen Ambitionen überein. So sind führende Politiker und Industrielle Mitglieder der Vorstände christlicher Organisationen, die Entwicklungs„hilfe“ betreiben. Ohne Zweifel setzen diese Personen dort die politischen und ökonomischen Interessen der hinter ihnen stehenden staatlichen und wirtschaftlichen Interessengruppen durch.

Nicht umsonst schrieb der westdeutsche Kriegsminister von Hassel im „Informationsblatt für die Gemeinden in den niederdeutschen Lutherischen Landeskirchen“ (Nr. 4/1961): „Ich habe es sehr begrüßt, daß sich in Deutschland jetzt ein Verein gebildet hat, der sich die Unterstützung der Berufsausbildung auf dieser Grundlage in Afrika zum Ziel gesetzt hat. Es ist der ‚Verein zur Berufsförderung in Afrika e. V.‘ mit Sitz in Bielefeld, dessen Kuratorium unter anderen Präsident D. Dr. Gerstenmaier und ich angehören und der den selbständigen evangelischen Kirchen für diese Aufgabe zur Seite stehen wird.“

Ein anderes aufschlußreiches Beispiel dafür ist das „Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands“ (CJD) unter Leitung des Theologen Arnold Dannemann. Hierzu hieß sich der Hamburger „Spiegel“ am 15. Januar 1964 aus: „Dannemann und sein Adjutant Seibold verhandelten über ähnliche Ausbildungs-Jugenddörfer mit Guinea, mit dem Kongo, mit Tanganjika und mit dem afrikanischen Kaiserreich Äthiopien. Die Jugenddörfer sind nämlich zu der Erkenntnis gelangt, daß die Unterrichtung von Lehrlingen und Praktikanten im Entwicklungsland selbst zweckmäßiger und erfolgverspre-

chender ist als die bisher bevorzugte Methode, junge Afrikaner zur Ausbildung nach Deutschland zu holen. Die Jugenddörfer tragen sich nahezu selbst. Das Geld kommt aus Zuschüssen interessierter Firmen. Das Jugenddorf in Recklinghausen erprobte zu diesem Zweck gemeinsam mit der Bergwerksgesellschaft Hibernia seit April 1963 ein neuartiges ‚Berufsfindungsjahr‘. Dannemanns Afrika-Experte Seibold erklärte dazu: ‚Wir bringen den Plan und die Leute, der Bund das Geld.‘“

Zu den an neokolonialen Profiten höchst interessierten Geldgebern dieses „Werkes“ gehören u. a.: Heinrich Kost, Generaldirektor, Präsidialmitglied des Bundesverbandes der Arbeitgeberverbände; Max Lobeck, Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung der Industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen e. V.; Martin Sogemeier, ehemaliger Kohlekommissar Adenauers; Karl-Werner Kieffer, Vorsitzender des Vorstandes der G. M. Pfaff AG, Beirat der Dresdner Bank und Mitglied des Vorstandes des „Christlichen Jugenddorfwerkes“. Sie und die anderen reaktionären Kreise innerhalb der Kirchen Westdeutschlands bestimmen die politische Propaganda und drücken der Entwicklungs„hilfe“ den neokolonialistischen, politischen Stempel auf.

Einer von ihnen ist der lutherische Afrikasender „Radio Voice of the Gospel“ in Addis Abeba unter Leitung seines Programmdirektors Ullrich Fick, Pfarrer und Journalist aus Stuttgart. Hierzu die „Frankfurter Allgemeine“ am 18. April 1963: „Pfarrer Fick weiß, daß seine Sendungen nicht ausschließlich auf Verbreitung des christlichen Glaubens abgestellt sein können. Nur behutsam sind die Afrikaner, unter ihnen viele Analphabeten, in die christliche Glaubenslehre einzuführen. Deshalb sollen die Sendungen... nur zu etwa 30 Prozent christlichen Inhalts sein und zu 70 Prozent weltlichen Fragen gewidmet werden.“

Auf der gleichen Linie liegt die Ausarbeitung eines „Literaturprogramms“ für die Mission in Übersee, wie im „EPD“ (Nr. 144 vom 27. Juni 1963) zu lesen ist: „Die Mitarbeiter der christlichen Mission in Übersee arbeiten jetzt an einem besonderen ‚Literaturprogramm‘, um zu verhindern, daß Afrikaner und Asiaten, die auf Missionsschulen lesen und schreiben gelernt haben, ihre Kenntnisse zur Lektüre kommunistischer Propagandaschriften verwenden.“

Ein wichtiges Organ der neokolonialistischen ökonomischen und politischen Aktivität, in dem klerikale Kräfte eine be-

deutende Rolle spielen, ist die „Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer“. Sie befaßt sich mit der Entsendung junger „Helfer“ und Fachkräfte in Entwicklungsländer und mit der Ausbildung von Praktikanten aus Entwicklungsländern. An der „Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer“ beteiligen sich die „Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe“ der katholischen Kirche und die Evangelischen Akademien. Über den Zweck dieser Entwicklungshilfe äußerte sich Prof. Kurt Hesse im November 1961 in einem Vortrag vor der Industrie- und Handelskammer in Essen: „Die Eroberung des afrikanischen Marktes und die Errichtung der Positionen gegen die Befreiungsbewegungen der Afrikaner sind die wichtigsten Maßnahmen der westdeutschen Entwicklungshilfe.“ Deutlicher geht's nimmer!

„Bei der Gewährung westlicher Entwicklungshilfe“ müssen „verschärfte Bedingungen“ gestellt, ein wirtschaftlich-kultureller Beistand solle von einer Bindung an den Westen abhängig gemacht werden, und jene afrikanischen Völker, die eine solche Bindung als unvereinbar mit ihrem Kampf um Unabhängigkeit ablehnen, dürfe der Westen nicht in die Unabhängigkeit entlassen — diese offenerherzigen Forderungen gab kein Geringerer als der Kardinal Frings von sich; sie sind nachzulesen in der „Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln“ im April 1960.

Auch die „Deutsche Afrika-Gesellschaft“ (DAG) ist keinen Deut besser als die erwähnte „Deutsche Stiftung“. Hier spielt der reaktionäre kirchliche Flügel gleichfalls eine wesentliche Rolle — und bezeichnenderweise steht an der Spitze dieser Gesellschaft Eugen Gerstenmaier, CDU-Bundestagspräsident, evangelischer Synodaler und früherer Nazispitzel. Der DAG wurde bei ihrer Installierung ausdrücklich die Aufgabe gestellt, den Kampf gegen den Einfluß der sozialistischen Ideen in Afrika zu intensivieren.

Nahezu alle offiziellen kirchlichen Organisationen in Westdeutschland beteiligen sich in irgendeiner Form an der neokolonialistischen Politik. Zum einen sollen sie auf die verschiedensten kirchlichen Einrichtungen und christlichen Organisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika ideologisch einwirken, zum anderen durch Geldkollekten in Westdeutschland, die allesamt unter einem christlichen oder einem allgemein-humanitären Aushängeschild erfolgen, die notwendigen Summen beschaffen. Auf diese Art und Weise werden unter den ehrlichen christlichen Werktätigen jährlich Millionenbe-

träge gesammelt; so kamen zum Beispiel seit 1959 durch die Fastenaktion „Misereor“ mehr als 300 Millionen D-Mark ein.

Mehrere Millionen D-Mark bringt das „Päpstliche Werk der Heiligen Kindheit“, das ausschließlich neokolonialistischen Zwecken dient, unter westdeutschen Schulkindern ein. Dabei wird ein großer Teil dieser Mittel nicht als Spende, sondern als Darlehen in den Nationalstaaten oder den Kolonien eingesetzt, d. h., es fließen Gelder wieder zurück in die Kassen der kirchlichen Institutionen. Über kirchliche Kanäle schleust auch der westdeutsche staatsmonopolistische Kapitalismus unter besonders günstigen Bedingungen Gelder in die Nationalstaaten ein. So wurden allein im Jahre 1964 aus dem Bonner Staatshaushalt 54 Millionen D-Mark über die Äußere Mission nach Asien, Afrika und Lateinamerika transferiert.

Ein besonders gravierender Zug des westdeutschen Neokolonialismus ist der gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichtete Antikommunismus. Durch Hetze und Diffamierung bemüht sich die Bonner neokolonialistische Propaganda einschließlich ihrer kirchlichen Helfer darum, die christlichen Bevölkerungsgruppen vornehmlich in Afrika gegen denjenigen deutschen Staat einzunehmen, der ihren Ländern uneigennützig Hilfe ohne jegliche politische Bedingungen leistet. Da allerdings dieses hektische Bemühen kaum von Erfolg begleitet ist, greift man unter Ignorierung der Souveränität der afrikanischen Länder zur Erpressung und zum Druck auf der Linie der Hallstein-Doktrin — und auch dazu erteilen westdeutsche kirchliche Kreise unbedenklich ihren Segen.

Bitter sind die historischen Erfahrungen des deutschen Volkes. Sie lehren, daß unter dem demagogischen Schleier einer Wahrung „christlicher Interessen“ und unter Verfolgung „christlicher Ziele“ wiederholt die ehrlichen Christen im Interesse des deutschen Imperialismus und Militarismus, also entgegen ihren eigenen Lebensinteressen, mobilisiert und unheilvoll mißbraucht wurden. Die systematische Ausnutzung von Kirche und Religion für die eigensüchtigen Ziele des Imperialismus, insbesondere für seine Großmacht- und Aggressionspolitik, ist so alt wie der Imperialismus selbst.

Die Spitzen der katholischen Kirche boten gegen Ende des vorigen Jahrhunderts den herrschenden imperialistischen Kreisen der verschiedenen Großmächte, darunter Deutschlands, ihre Dienste an. Ursache dafür war einerseits die Sorge

der Kirchenhierarchie vor der sich ausbreitenden sozialistischen und demokratischen Bewegung, andererseits vornehmlich die enge Verstrickung des kirchlichen Finanzwesens mit dem imperialistischen Finanzkapital.

Dieser unheilige Prozeß ging vor allem unter Papst Leo XIII. (1878–1903) vor sich. In den Enzykliken „Quod apostolici muneris“ und „Aeterni patris“ legte Leo die Prinzipien für die Unterstützung des Imperialismus und seiner Politik sowie für die Bekämpfung der sozialistischen Arbeiterbewegung durch den katholischen Klerus dar, wobei auch die Enzyklika „Rerum novarum“ eine bedeutende Rolle spielte. Zugleich erließ er die Anordnung, die Lehren des mittelalterlichen Scholastikers Thomas von Aquino wieder zu beleben und zu modernisieren, d. h. den ideologischen und politischen Erfordernissen des Imperialismus entsprechend zu modifizieren. Damit begann die Entwicklung des Neothomismus.

Zugleich wurden seit Ende des 19. Jahrhunderts katholische kirchliche Institutionen immer stärker zur Durchsetzung imperialistischer Ziele verwendet, wobei sie größtenteils neu geformt werden mußten. Es wurden aber auch unter der Tarnung „christlicher Belange“ neue Massenorganisationen geschaffen, um die Gläubigen vom Einfluß der revolutionären Arbeiterbewegung fernzuhalten (Katholische Arbeiterbewegung, christliche Gewerkschaften, „christliche“ Parteien u. dgl.).

Parallel dazu verlief der Prozeß des Mißbrauchs der evangelischen Kirche in Deutschland für die Ziele des deutschen Imperialismus. Dabei konnten die herrschenden imperialistischen Kreise in Deutschland davon ausgehen, daß die evangelischen Landeskirchen seit Jahrhunderten ein Instrument der Politik absolutistischer Fürsten und Potentaten gewesen waren, daß sie in enger Verbindung mit Monarchie, Junkertum und Militarismus standen. Die Spitzen der evangelischen Kirche unterstützten deshalb genauso wie die meisten katholischen Hierarchen und Führungsgremien das militaristische System in Deutschland, die deutsche Kolonialpolitik in Afrika und im Fernen Osten, die Unterjochung der Polen oder Dänen. Sie propagierten den „Drang gen Osten“ und die verschiedenen Versionen deutscher Welteroberungs- und Welt Herrschaftspläne. Dabei taten Missionsorden und Missionsgesellschaften sich unrühmlich hervor.

So war es nur eine logische Fortsetzung dieses Kurses, daß im ersten Weltkrieg Repräsentanten des politischen Klerika-

lismus die Eroberungsmärsche des deutschen Imperialismus und den Völkermord verherrlichten, unterstützten und dabei keinerlei Scham hatten, die Waffen zu segnen, mit denen die Soldaten anderer „christlicher Länder“ umgebracht wurden – übrigens genauso wenig wie ihre Amtsbrüder in Spitzenstellung in Frankreich, England oder Rußland. Bezeichnend, daß der Sieg über andere christliche Staaten ebenso heiß erlitten wurde wie nicht viel später der Sieg über den „gottlosen Bolschewismus“.

Zu Zeiten der Weimarer Republik gehörten die Vertreter des politischen Klerikalismus in Deutschland wiederum zu den unverdrossenen Verfechtern eines neuen Versuches der Welteroberung durch den deutschen Imperialismus, besonders jedoch zu den eifrigsten Propagandisten eines antibolschewistischen Kreuzzuges, dessen kirchliche Einpeitscher in allen imperialistischen Ländern agierten. Bischof Dibelius zum Beispiel, dessen Predigt im März 1933 in der Potsdamer Garnisonkirche vor Hitler und seinem braunen Gefolge nicht vergessen ist, schrieb bereits 1930 (s. „Berliner Evangelisches Sonntagsblatt“ vom 30. November 1930):

„Die Barbarei Asiens streckt die Hände aus nach den Völkern des Abendlandes, die das Christentum erzogen hat. Es wird manches Blut fließen müssen, bis diese Hände ihre Kraft verloren haben. Es sind die Ehrbegriffe Asiens, die Grundsätze des alten Heidentums, die sich jetzt gegen das Sittengesetz des Christentums empören.“ Anlässlich einer Tagung des „Bundes zum Schutz der abendländischen Kultur“ behauptete derselbe Dibelius, daß „der Bolschewismus der Todfeind aller menschlichen Kultur und der Todfeind des Christentums ist. Eins aber ist gewiß: die Gewalt russischer Machthaber wird eines Tages am Ende sein“.

Im Jahre 1931 erließ Papst Pius XI. die Enzyklika „Quadragesimo anno“, mit der die katholische Soziallehre in der neuen Epoche nach der ersten siegreichen sozialistischen Revolution den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus angepaßt wurde. Dieses Programm war weitgehend auf den Faschismus zugeschnitten; der Papst forderte, den Klassenkampf durch eine Art von „Volksgemeinschaft“ zu ersetzen, und besonders hervorgehoben wurde in der Enzyklika der italienische Faschismus als „Alternative“ gegen den Sozialismus!

So war es nur folgerichtig, daß maßgebliche Kreise des hohen katholischen Klerus in Deutschland und die rechte

Führung der Zentrumspartei unter Papen den Nazis aktiv bei der Installation der Hitler-Diktatur behilflich waren, daß wenige Wochen nach der faschistischen „Machtergreifung“ die deutschen katholischen Bischöfe eine Treueerklärung für die Nazis von den Kanzeln verlesen ließen, in der die Katholiken verpflichtet wurden, die Politik des „Führers“ mit allen Kräften zu unterstützen, und daß im Juli 1933 der Vatikan mit der Naziregierung das „Reichskonkordat“ abschloß. Mit diesem internationalen Vertrauensakt des Vatikans, der gleichzeitig ein antikommunistischer Pakt zwischen dem deutschen Faschismus und dem höchsten katholischen Klerus war, fiel dieser sämtlichen antifaschistisch eingestellten und gegen Hitler tätigen Katholiken Deutschlands in den Rücken.

Der politische Klerikalismus verharrte auf dieser verderblichen Linie bis zum totalen Zusammenbruch des „Dritten Reiches“. Noch im Jahre 1937 verlangte Erzbischof Dr. Conrad Groeber „die äußersten Opfer an Gut und Blut“ für den „Kampf gegen den Bolschewismus“; es gehe nicht nur um „den Bestand der Staaten und Völker, sondern auch der christlichen Kultur, wie es in den Abwehrkriegen gegen die Araber in Spanien und gegen die Türken in Mittel- und Osteuropa der Fall war“.

Die Entwicklung des politischen Klerikalismus in Deutschland vom Ende des vorigen Jahrhunderts bis 1945 – und noch heute ist in den bundesdeutschen Ländern keine Änderung festzustellen – läßt mit aller Klarheit seinen Charakter als politisch-ideologisches Instrument des Imperialismus erkennen. Nach der totalen Niederlage des Hitlerfaschismus wurde der politische Klerikalismus wiederum zu einem der wichtigsten geistigen und institutionellen Hilfsmittel bei der Restauration des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus. Dazu äußerte Walter Ulbricht schon 1959: „Ideologisch entstand ein Gemisch von alter imperialistischer Ideologie, vermischt mit dem Gedankengut des Nazismus und des politischen Klerikalismus.“ Seine hauptsächlichen Charakterzüge finden ihre Widerspiegelung in den Merkmalen, die den Bonner staatsmonopolistischen Kapitalismus so deutlich kennzeichnen:

- Unterstützung des Strebens nach Vorherrschaft in Westeuropa unter der Losung des „christlichen Abendlandes“,
- militanter Antikommunismus und Revanchismus, besonders in Form eines antikommunistischen „Kreuzzuges“ gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder,

– Rechtfertigung des Strebens nach Kernwaffen, die eben für diesen Kreuzzug zum Einsatz kommen sollen,

– ideologische und organisatorische Unterstützung des neokolonialistischen Eindringens des westdeutschen Imperialismus in Afrika, Asien und Lateinamerika unter Mißbrauch kirchlicher Einrichtungen Westdeutschlands und der jeweiligen Länder sowie unter Ausnutzung der reaktionären antikommunistischen Kräfte in diesen Ländern,

– Mitwirkung bei der systematischen Ausschaltung der Demokratie und der Unterordnung des gesamten Lebens der Bevölkerung unter die Herrschaft der Kräfte der Reaktion,

– Rechtfertigung und Beschönigung der sich verschärfenden Ausbeutung.

Dabei ist ständig im Auge zu behalten: Zum Hauptkriterium aller dieser Bestrebungen der kirchlichen Reaktion in Westdeutschland ist die Unterstützung und Rechtfertigung der Atomkriegspolitik einschließlich der „Vorwärtsstrategie“ gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten geworden, dem sich die übrigen Wesenszüge weitestgehend zu- und unterordnen. Ein Ausspruch, der diese Politik entlarvt, als Beispiel von vielen:

Nachdem Vertreter der evangelischen Bruderschaften ihre „Zehn Thesen gegen die atomare Bewaffnung Bonns“ an die 1958 in Westberlin tagende Evangelische Synode gerichtet hatten, proklamierte der evangelische Propst A s m u s s e n – er wurde dafür mit dem Großkreuz zum Bundesverdienstkreuz dekoriert! – zehn „Gegenthesen“, in denen der Kernwaffenkrieg propagiert wird. Darin heißt es u. a.: „Wer im Namen des Evangeliums über die Atombombe spricht, darf nicht übersehen, daß die Atombombe eine Strafrute in Gottes Hand ist“ („Evangelischer Pressedienst Deutschlands“ vom 12. März 1958).

Die reaktionären Kreise im kirchlichen Gewande sind schuld beladen seit vielen Jahrzehnten – mitschuldig an der von den Herren an Rhein und Ruhr seit jeher verfochtenen und jetzt in neuen Formen praktizierten Politik. Die in Westdeutschland regierenden Schichten

– sind erbitterte Gegner der nationalen Befreiungsbewegung und des Unabhängigkeitsstrebens der afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Völker. Sie sind Hauptverbündete und Hauptstützen der noch bestehenden Kolonial-

mächte. Sie zählen zu denjenigen imperialistischen Kräften, die das „christliche“ Salazar-Regime künstlich am Leben erhalten, den portugiesischen Kolonialterror in Angola ermöglichen und ihn tatkräftig unterstützen. Sie solidarisieren sich mit dem Verwoerd-Regime in Südafrika und fördern seinen Rassen-terror. Sie sabotieren die Beschlüsse der Vereinten Nationen, der Regierungen afro-asiatischer Länder und der OAU über den Boykott der Südafrikanischen Republik. Sie schmieden mit dem Verwoerd-Regime ein militärisches Komplott, um sowohl die Apartheid-Fanatiker als auch die Nazi-Generale Westdeutschlands atomar zu bewaffnen;

– beteiligen sich aktiv an allen barbarischen Unterdrückungs- und Gewaltmaßnahmen sowie an den Ausrottungsfeldzügen des Neokolonialismus gegen die nationale Befreiungsbewegung. Sie unterstützen direkt und indirekt die blutigen Überfälle auf das kongolesische, vietnamesische und zypriotische Volk. Sie stehen in vorderster Front bei der politischen, ökonomischen und militärischen Hilfe für die Militärdiktaturen in den an imperialistische Paktsysteme gebundenen asiatischen Ländern. Sie leisten Malaysia Schützenhilfe bei seiner neokolonialistischen Expansion, und sie begrüßen, im Gegensatz zur Meinung der Mehrheit aller Staaten der Welt, enthusiastisch die amerikanische Aggression gegen die Dominikanische Republik;

– versuchen, auf dem Wege der neokolonialistischen Militär-„hilfe“ nunmehr selbst auf den Machtapparat in den jungen Staaten Einfluß zu nehmen. Sie wollen die Machtverhältnisse in diesen sich entwickelnden Ländern konterrevolutionär verändern, diese Staaten an sich und die NATO binden und durch die Entfachung militärischer Konflikte die afro-asiatische Solidarität unterminieren und sprengen. Sie handeln dabei im Interesse und vereint mit der NATO, insbesondere mit den USA, und operieren eng mit den ehemaligen Kolonialmächten zusammen;

– benutzen ihre Wirtschafts„hilfe“ an die jungen Nationalstaaten als Mittel der Drohung, der Erpressung und der rigorosen Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Diese „Hilfe“ soll die afro-asiatischen und lateinamerikanischen Staaten dazu bewegen, die Bemühungen Bonns um atomare Bewaffnung, um Durchsetzung seiner Gebietsansprüche im Osten wie im Westen und um die Beseitigung des vom Imperialismus befreiten demokratischen deutschen Staates zu unterstützen. Sie verknüpfen die Wirtschafts-

„hilfe“ mit politischen und wirtschaftspolitischen Bedingungen, die das Selbstbestimmungsrecht der afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten mißachten und ihre nationale Souveränität verletzen. Sie wenden den Knüppel der Hallstein-Doktrin weiterhin an, und sie brechen bestehende Verträge, um die Staaten zu „bestrafen“, die sich ihrem imperialistischen Diktat nicht beugen;

– betreiben eine rücksichtslose Politik der Ausbeutung und Ausplünderung der Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, hemmen die innere Akkumulation dieser Staaten, saugen sich an ihren Rohstoffquellen fest, überschwemmen ihre Märkte und erzielen dabei immense Profite auf Kosten dieser Länder. Sie sind unablässig bestrebt, das Grundprinzip der ausbeuterischen internationalen Arbeitsteilung auf dem kapitalistischen Weltmarkt und damit die ökonomische Beherrschung der afro-asiatischen und lateinamerikanischen Staaten durch die imperialistischen Mächte zu verewigen;

– verhetzen die Bevölkerung Westdeutschlands und Westberlins systematisch im Geiste des Rassismus und des Neokolonialismus. Publizistik, Schulen und Universitäten verbreiten die „Lehre“ vom weißen Herrenmenschentum und von der „Minderwertigkeit“ der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Dabei werden die Traditionen des Hitlerfaschismus auf ideologischem und politischem Gebiet fortgesetzt. Schwerbelastete Kriegsverbrecher, Ribbentrop-Diplomaten und geistige Wegbereiter der nazistischen Rassenverfolgungen und Massenmorde beteiligen sich in führender Position an der von den herrschenden Kreisen in Westdeutschland und Westberlin betriebenen neokolonialistischen Expansion;

– verfolgen eine Politik, die zum Inhalt hat, den gesellschaftlichen Fortschritt in den afro-asiatischen und lateinamerikanischen Ländern aufzuhalten und ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu verhindern. Sie unternehmen alles, um einen Erfolg der Suche nach neuen Formen der gesellschaftlichen Entwicklung zu vereiteln. Sie benutzen eine Vielzahl von Organisationen und Institutionen, von demagogischen Argumenten und praktischen Maßnahmen, um das verhaßte und diskreditierte System des Kapitalismus auszudehnen und jede nichtkapitalistische, antiimperialistische Entwicklung zu bremsen und zunichte zu machen. Sie ignorieren den Willen der Völker und mißachten deren Entscheidung; ihr erklärtes Ziel ist die Herrschaft des Neo- und des kollektiven Kolonialismus.

Auf staatlicher Basis hat sich Bonn zur Durchsetzung seines Neokolonialismus einen gewaltigen Machtapparat aufgebaut, dem – wie wir sahen – auch kirchliche Organisationen und Einrichtungen im In- und Ausland dienstbar gemacht wurden und dessen Gelder für diese heillosen und unheiligen Zwecke reichlich fließen. Wie schon anfangs gesagt, sind über 250 Organisationen und Institutionen verschiedensten Charakters, angefangen von der staatlichen Form bis zur offiziell als privat deklarierten, auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens intensiv und unablässig für den westdeutschen Neokolonialismus tätig.

Im Rahmen der „technischen Hilfe“ wurden in den letzten Jahren weit über 600 westdeutsche „Experten“ von der Bundesregierung in die Entwicklungsländer gesandt. Sie fungieren pro forma als Berater, Gutachter, Prüfer, Techniker, Planer usw. Ihre eigentliche Aufgabe ist es, die Konzeption, die die herrschenden Kreise Westdeutschlands für die gesellschaftliche, insbesondere die sozialökonomische Entwicklung dieser Länder ausgearbeitet haben, in deren Entwicklungsprogramme, in die Planung ihrer Vorhaben und in die Organisation ihres Aufbaus einfließen zu lassen.

Der zuständige Vertreter des Bundespresseamtes, Krause-Brewer, erklärte hierzu laut „Süddeutscher Zeitung“ vom 28. 6. 1962: „Die Bundesrepublik trage eine moralische Verantwortung gegenüber den mißtrauischen (!) Völkern in Afrika und Asien und müsse sich der Verpflichtung unterworfen fühlen, ein Ordnungsbild der gesamten westlichen Welt zu entwerfen... Ein Netz von 300 Pressereferenten und Sachbearbeitern solle an Ort und Stelle die Öffentlichkeitsarbeit fördern.“

Die westdeutschen „Experten“ sollen die „Ideale“ der „westlichen Welt“ und des „christlichen Abendlandes“, die bundesdeutschen „Ordnungsvorstellungen“ und die „Prinzipien der freien Wirtschaft“ in den afro-asiatischen und lateinamerikanischen Staaten durchsetzen. Über 200 „Mustereinrichtungen“ in insgesamt 67 afro-asiatischen und lateinamerikanischen Ländern propagieren dort die Bonner Vorstellungen von der sozialen, technischen und „ethischen“ Gestaltung der Verhältnisse in den jungen Staaten. Die zahlreichen von Bonn errichteten Ausbildungsstätten – vielfach auch Missionen und Missionsschulen – werden als Stützpunkte der ideologischen Lieferung, aber auch der Bindung an westdeutsche Lieferungen – etwa bei Maschinen und Anlagen – benutzt. In den meisten Fällen ist die Tätigkeit der Bonner „Experten“

unmittelbar mit den ökonomischen Interessen des westdeutschen Finanzkapitals verflochten.

Die Tarnung, die sich die herrschenden Kreise Westdeutschlands in Verfolg ihrer Ziele auferlegen, kommt besonders klar in der Ausnutzung „kultureller“ – einschließlich kirchlicher – Institutionen für die politischen Zwecke des Neokolonialismus zum Ausdruck. Führend dabei ist das in München ansässige „Goethe-Institut zur Pflege der deutschen Sprache und Kultur im Ausland“, das früher unter der Bezeichnung „Deutsche Akademie“ ein verrufenes nazistisches Propagandazentrum war. In einer Rede auf der Zehnjahresfeier des Instituts erklärte Bundespräsident Heinrich Lübke, daß mit der Arbeit des Goethe-Instituts die „eigenen großen politischen Ziele“ verfolgt werden müßten („Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung“, Bonn, vom 18. April 1964).

Das Institut mit seinen mehr als 100 Auslandszweigstellen wird jährlich mit über 20 Millionen D-Mark von der CDU/CSU-Regierung finanziert. Alle Auslandskulturinstitute, die bisher dem Bonner Auswärtigen Amt unterstanden, wurden dem Goethe-Institut unterstellt. Doch „das Auswärtige Amt und die deutschen Auslandsvertretungen üben eine Art Aufsichtsrats-tätigkeit aus“ („Vorwärts“, Bonn, am 13. Mai 1964).

Welche Bedeutung die in Bonn regierenden Kreise der „Kulturarbeit“ im Dienste des Neokolonialismus vor allem für die Zukunft beimessen, hat – in Form einer Frage – der Monopolvertreter und Israel-Unterhändler der Erhard-Regierung, der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Kurt Birrenbach, erkennen lassen: „Birrenbach warf die interessante Frage auf, ob das Primat der Kulturpolitik einschließlich der Wirtschaft das Primat der Außenpolitik nicht eines Tages ablösen werde“ („Handelsblatt“, Düsseldorf, am 6./7. März 1964).

Die Bonner „Kulturpolitik“ wird schon heute eingesetzt, um auf diesem Wege des außenpolitischen Drucks und der Erpressung eine Reihe von immer schwieriger zu erreichenden imperialistischen Zielen weniger auffällig, also durch die Hintertür, doch noch zu verwirklichen. Demselben Zweck dient die Ausbildung von Führungs- und Nachwuchskräften, vor allem jungen Studenten und Praktikanten aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Westdeutschland. Sie spielt in der Neokolonialtaktik Bonns eine besondere Rolle – die westdeutschen Spitzen greifen nach der jetzigen und der künftigen Führungsschicht der jungen Staaten.

Offen verkünden die westdeutschen Entwicklungs„hilfe“-Experten, welche Absichten sie mit der Ausbildung von Afrikanern, Asiaten und Lateinamerikanern verfolgen. Dazu der Programmdirektor der „Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer“ in der Villa Borsig in Westberlin: „... Aber die dann durch unsere Hände gegangen sind, auf die wird man sich dann in einem weit höheren Maße verlassen können, und man wird sie draußen in Schlüsselpositionen lancieren und ihnen dann auch immer wieder die Rückendeckung von Deutschland her geben können im Liefern von wissenschaftlichen Materialien, industriellen Verbindungen, in beruflicher Unterstützung.“

Das Studium junger Afrikaner, Araber, Asiaten und Lateinamerikaner hat jedoch die hochgespannten Erwartungen, die Bonn im Hinblick auf die Ausdehnung seines Einflusses in den Heimatländern der Studenten und Fachschüler hegte, nicht erfüllen können. So der „Industriekurier“, Düsseldorf, am 14. April 1964: „Das Ausländerstudium an deutschen Universitäten und Hochschulen ist zu einer großen Enttäuschung geworden. Die Erwartungen, die in die Bildungshilfe gesetzt worden sind, haben sich nicht erfüllt. Alle Organisationen, die auf diesem Gebiet zu tun haben, wissen inzwischen darum, wie wenig das Ergebnis die Aufwendungen rechtfertigt.“

Da die herrschenden Kreise Westdeutschlands, durchdrungen von Rassenüberhebung und neokolonialistischer Wesensart, nicht willens und nicht imstande sind, diese Lage auf breiter Front und grundlegend zu verändern, sind sie dazu übergegangen, spezielle Institutionen zu gründen, die mit zielgerichteten Programmen, kurzfristigen Lehrgängen und Seminaren versuchen, solche Führungskräfte der jungen Nationalstaaten, die Schlüsselfunktionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft innehaben, unter der Tarnkappe „fachlicher“ Aus- und Weiterbildung ideologisch zu beeinflussen und politisch an sich zu binden. Dazu zählen Institutionen, in deren Leitungen ebenfalls kirchliche Abgesandte sitzen, wie

- die Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer, Westberlin,
- die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn,
- die Friedrich-Naumann-Stiftung, Bonn, die sich besonders der Ausbildung politischer Funktionäre annimmt,
- das „Haus Rissen“, Hamburg,
- die Politische Akademie Eichholz (Organ der CDU),

– das „Afrikanum, Zentrale für die Heranbildung afrikanischer Führungskräfte“, Frankfurt/M., eine ausschließlich von der katholischen Kirche unterhaltene Institution,

– die „Gesellschaft für Berufsförderung in Afrika“, Bethel bei Bielefeld,

– das Institut für tropische und subtropische Landwirtschaft, Witzenhausen bei Kassel (vormals Deutsche Kolonialschule),

– das Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart,

– das Institut für soziale Arbeit, Freiburg.

Die wichtigste unter diesen Einrichtungen ist die schon erwähnte „Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer“ in Westberlin. Daneben sind noch andere derartige Institute in Westberlin etabliert worden, so das „Deutsche Institut für Entwicklungspolitik“, dessen Gründung auf die Initiative des US-Generals Lucius D. Clay zurückgeht und das die Aufgabe hat, Führungskräfte für den Apparat der Bonner neokolonialistischen Expansion auszubilden, oder das „Deutsche Schulbuch- und Lehrmittelinstitut“, das die Gestaltung von Unterrichtsmaterialien in den jungen Nationalstaaten nach imperialistischen, „abendländischen“ und auch reaktionären kirchlichen Gesichtspunkten gestalten soll.

Nicht nur die Versuche der Einflußnahme auf die in Westdeutschland oder Westberlin weilenden Vertreter der jungen Nationalstaaten, sondern auch die Bemühungen, im Bonner Sinne auf die Menschen in diesen Ländern selbst einzuwirken, sind in letzter Zeit noch zielgerichteter geworden. Das umfangreiche Netz von „Hilfen“, das die herrschenden Kreise Westdeutschlands über die unabhängigen Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas geworfen haben, um sie vom Weg des gesellschaftlichen Fortschritts abzubringen oder fernzuhalten und an den Imperialismus zu fesseln, ist dichter geworden, seit Bonn in Gestalt des „Deutschen Entwicklungsdienstes“, einer nach dem Vorbild des amerikanischen „Friedenskorps“ geschaffenen Organisation von „Entwicklungshelfern“, seiner Expansion ein weiteres Instrument hinzufügte.

Bei seiner Gründungsveranstaltung erläuterte Entwicklungs„hilfe“minister Walter Scheel die Bedeutung dieses „Entwicklungsdienstes“: „... Die Bundesregierung hat sich entschlossen, mit privaten Organisationen gemeinsam heute den Deutschen Entwicklungsdienst zu gründen, als ein neues,

vielleicht das wichtigste Instrument unserer Entwicklungspolitik“ („Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung“, Bonn, vom 25. Juni 1963). An Versuchen, die wahre Aufgabenstellung dieser Einrichtung demagogisch zu verbrämen oder zu verschleiern, hat es nicht gefehlt. So heuchelte Heinrich Lübke salbungsvoll: „Die personelle Entwicklungshilfe ist im besten Sinne ein Werk weltumspannender Nächstenliebe“ (ebenda).

In Wahrheit geht es jedoch weder um „Nächstenliebe“ noch um jene „menschliche Fortbildung“, von der bei dieser Gelegenheit Scheel sprach, wenn Bonn seine sorgfältig trainierten Entwicklungs„helfer“ nach Afrika, Asien und Lateinamerika entsendet – es geht vielmehr um politische Einflußnahme, „Gehirnwäsche“, ideologischen Guerillakrieg gegen die nationale Befreiungsbewegung und gegen die Vollendung ihrer Revolution – und es geht um die personelle Fundierung der Kapitalexpansion der westdeutschen Monopole. Hierzu die „Kölner Rundschau“ am 19. Mai 1963: „Das neue Korps ist in erster Linie politisch, es ist ein waffenloser Guerillakrieg.“

Über 1000 „Entwicklungshelfer“ agierten schon im vergangenen Jahr in den erwähnten drei Kontinenten für die Bonner Expansion und den Neokolonialismus – unter ihnen in ständig steigender Zahl auch „Helfer“ aus christlichen Organisationen. Daß sie dabei auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen und nur getarnt vorgehen können, ist dem Hamburger „Spiegel“ vom 29. Mai 1963 zu entnehmen. Danach erbaten „Protestant Kunst und der Katholik Wissing vom Entwicklungsministerium die Zusage, daß den jungen Entwicklungshelfern vor ihrer Ausreise apostolische Unterweisung zuteil werden sollte“.

Der Zweck dieser von höchsten kirchlichen Würdenträgern Westdeutschlands unterstützten Bitte wird angesichts der selbst von klerikalen Kreisen der Bundesrepublik geäußerten Zielstellung der kirchlich-neokolonialistischen Tätigkeit klar ersichtlich: bei den vielfach um die Stärkung ihrer Souveränität ringenden jungen Nationalstaaten, die sich gegen jegliche Einschränkung ihrer Souveränität und nationalen Würde und gegen jede Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten zur Wehr setzen, den Anschein zu erwecken, daß die von Bonn gewährte Entwicklungs„hilfe“ nur dem humanistischen Anliegen diene. Ob es nun apostolisch unterwiesene Entwicklungs„helfer“ oder die Missionen selbst sind, die in diesen

Ländern ihre unselige Tätigkeit ausüben – sie sind nur allzuoft die willigen Helfer der Bonner neokolonialistischen Politik.

*

Der westdeutsche Imperialismus und Militarismus ist ein Feind der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Der Bonner Staat der Monopole ist zu einer der gefährlichsten Mächte des Neokolonialismus geworden – und dessen westdeutsche Variante ist besonders bedrohlich, weil hinter ihr eine beträchtliche ökonomische Macht steht, die Bonn unter der Flagge eines vom Makel des Kolonialbesitzes freien Landes einsetzt, weil sich dieser Neokolonialismus mit der skrupellosen Aggressivität des deutschen Imperialismus, mit revanchistischen Forderungen und der Gier nach Kernwaffen paart, weil dieser Neokolonialismus als ein Grundstein westdeutscher Staatsdoktrin sich ideologisch mit dem Antikommunismus verbindet, der heute das ideologische Hauptinstrument der Kriegsvorbereitung und der Aggression ist.

Das ist die Wahrheit – eine Wahrheit, die tagtäglich demonstriert wird. Und das kann gar nicht anders sein. Von einem Staat, der zwei Weltkriege unter anderem deshalb vom Zaune gebrochen hat, weil er die Kolonien solcher „christlicher“ Mächte wie England, Frankreich und Belgien für sich selbst erobern wollte – von einem Staat, der während des zweiten Weltkriegs große Teile Europas einer kolonialistischen Terrorherrschaft brutalster Art unterworfen hatte, – von einem Staat, der die Folgen seiner unvermeidlichen Niederlage mit allen Mitteln, einschließlich kriegerischer, wieder beseitigen will, – von einem solchen Staat kann man nicht erwarten, daß er irgendwelcher guten Absichten gegenüber den Völkern in Afrika, Asien und Lateinamerika fähig wäre.

Die Haltung und Stellungnahme aller Menschen guten Willens, auch aller verantwortungsbewußten Christen in beiden deutschen Staaten, zu diesem verderblichen Kurs dürfte klar und unmißverständlich sein – auch wenn es um die Theorien und Praktiken der reaktionären Spitzen der katholischen und evangelischen Kirche in der Bundesrepublik geht.

Literaturhinweise

Spröte/Hahn, DDR-Wirtschaftshilfe contra Bonner Neokolonialismus, Staatsverlag Berlin

Haak/Keßler, Politik gegen die Kultur, Dietz Verlag, Berlin 1964

Deutsche Außenpolitik, Monatshefte 1965, Berlin

Materialien des Nationalrats, Berlin 1965

Westdeutscher Neokolonialismus, Rütten & Loening, Berlin 1963

Der Neokolonialismus der westdeutschen Bundesrepublik, Verlag Zeit im Bild, Dresden 1965

Wörterbuch der Außenpolitik, Dietz Verlag, Berlin 1965

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 78 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925–1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalliteratur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung 28. 6. bis 3. 7. 1964 in Prag)

- 122 Otto Nuschke: Koexistenz – das ist heute der Friede
- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit – Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit – Glück des Volkes
- 129 Siegfried Welz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz – Prinzip sozialistischer Außenpolitik
- 130 Gerald Götting: Wir gestalten das neue Deutschland
- 131 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Der Aufbau des Systems ökonomischer Hebel in der Planwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik
- 132 Carl Ordnung: Politisches Handeln im Leben und Denken Dietrich Bonhoeffers
- 133 Dr. h. c. Otto Nuschke: Verantwortung der Deutschen für Sicherheit und Frieden (Hauptreferat auf dem 4. Deutschen Friedenskongreß im April 1955 in Dresden). Mit einer Einleitung von Walter Bredendiek
- 135 Gerald Götting: Zwanzig Jahre Christlich-Demokratische Union – zwanzig Jahre gemeinsamen Kampfes für Frieden und Sozialismus, für das Glück des Volkes
- 137 Pfarrer Károly Tóth: Aufgaben der Kirche in einer sich wandelnden Welt – Bericht über die 19. Generalversammlung des Reformierten Weltbundes
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht – Die Mitverantwortung der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung des sozialistischen Bildungssystems
- 139 Siegfried Baltrusch: Für Deutschlands Frieden und Deutschlands Zukunft
- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform
- 141 Erwin Krubke/Gerhard Mischel: „Formierte Gesellschaft“ – „Idee“ und Wirklichkeit des Staatsmonopolismus in Westdeutschland
- 142 Walter Bredendiek: Reflektierte Geschichte – Die Entwicklung der Gesellschaft und die Stellung von Kirche und Theologie seit 1900 im Spiegel der Lebenserinnerungen deutscher Theologen
- 143 Heinz Büttner: Geordnete Beziehungen – Grundlage gedeihlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes
- 144 Gerald Götting: Für die Rettung der Nation – Zusammenarbeit aller friedliebenden Deutschen
- 145 Edmund Męclewski: Neues Leben in Polens West- und Nordgebieten
- 146 Günter Wirth: Verantwortung und Erwartung der Deutschen
- 147 Dr. Helmut Dressler: Evangelische Kirche und Revanche-Ideologie in der Weimarer Republik und im Bonner Staat
- 148 Kirche in gewandelter Welt – Das II. Vatikanische Konzil im Spiegel seiner Beschlüsse. Zusammengestellt von Hubertus Guske
- 149 Gerhard Desczyk: Vom Friedensdienst der Katholiken
- 150/151 Dr. phil. habil. Paul Ullmann: Psychologie und Leitungstätigkeit

Verkaufspreis 0,50 MDN – Doppelheft 1 MDN

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB), Berlin